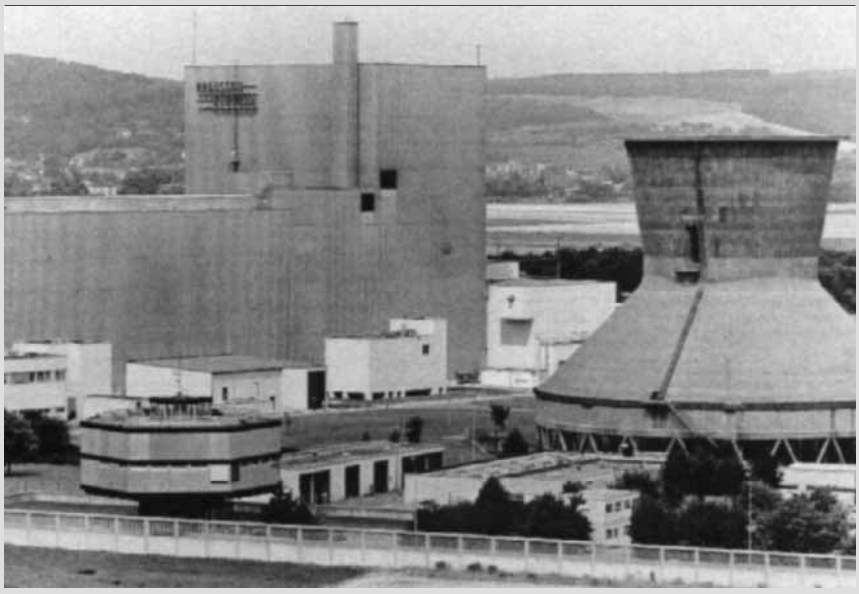

J. SCHUMACHER

Atommeiler Würgassen: Risse am Kernmantel

Eleganter Weg

Dem Atomreaktor Würgassen droht das Aus

Das Kraftwerk war wegen einer Routinekontrolle abgeschaltet, doch dann entdeckten Experten Risse am Kernmantel des Siedewasserreaktors im nordrhein-westfälischen Würgassen. Wegen des schweren Defekts wird der Atommeiler wahrscheinlich der erste sein, den die Energiekonzerne aufgeben.

Zunächst hatte die Betreibergesellschaft PreussenElektra versucht, die Schäden herunterzuspielen. Erst als NRW-Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) den Problemen am letzten Reaktor in seinem Bundesland eine „neue Qualität“ bescheinigte, teilte das Unternehmen mit, es werde den Kernmantel austauschen. Die Kosten werden von Fachleuten äußerst vage auf 10 bis 80 Millionen Mark geschätzt. Die erforderliche Stillegung für 18 Monate würde Umsatzverluste von rund 1,6 Milliarden Mark verursachen. Weil weltweit noch nie der Kernmantel eines Atomkraftwerks ausgetauscht wurde, machte die Landesregierung dem Unternehmen klar, daß der Austausch des Kernmantels zudem nicht ohne ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren denkbar sei.

Dessen Dauer läßt sich jedoch nicht absehen. Für die nordrhein-westfälische Staatskanzlei ergibt sich so ein „eleganter Weg“ zum Ausstieg: Statt einer politischen Entscheidung, die millionenschwere Schadensersatzforderungen des Unternehmens nach sich ziehen könnte, kann die Regierung auf Zeit setzen.

hatten die Deutschen zwei Abkommen geschlossen, die sogenannten Alt- und Neuverträge. Darin ist die Wiederaufarbeitung von rund 8500 Tonnen Brennelementen verabredet.

Aus den Altverträgen kommen die deutschen Stromversorger nicht mehr heraus. Die Neuverträge jedoch, die bis zum Jahr 2005 laufen sollen, sind noch kündbar: gegen eine Konditionalstrafe von – in diesem Jahr – einer Milliarde Mark. Mit jedem weiteren Jahr wird der Ausstieg teurer.

Doch wenn die Konzerne die Wiederaufarbeitung weiter verfolgen, wird’s noch kostspieliger. Denn die Kosten dafür sind in den vergangenen Jahren rasant gestiegen, gleichzeitig fielen jedoch die Preise für Natururan – neue Brennstäbe lassen sich mithin ohne den komplizierten Umweg über Wiederaufarbeitung und Mox-Fertigung viel preiswerter herstellen.

Um wieviel billiger sie die direkte Endlagerung des Strahlenmülls kommt, haben EVU-Fachleute längst ausgerechnet. In einem internen Papier beziffern sie die Ersparnis auf 3,3 Milliarden Mark für alle deutschen Stromerzeuger.

Darin sind die Vertragsstrafen an die Franzosen wegen einer möglichen Kündigung der Neuverträge bereits mitkalkuliert. Was unter dem Strich herauskäme, wenn die Deutschen vertragsbrüchig würden und sogar die Altverträge nicht mehr weiter erfüllten, haben Konzernbuchhalter auch schon durchgespielt: 1,1 Milliarden Mark, selbst wenn die (nicht in Anspruch genommene) Wiederaufarbeitung bezahlt werden müßte.

Bevor die Stromerzeuger jedoch offiziell Abschied von der alten Entsorgungsphilosophie nehmen, wollen sie die Garantie, die laufenden Kraftwerke unbeeinträchtigt von juristischen Nadelstichen und bürokratischen Schikanen rot-grüner Landesregierungen weiter betreiben zu können. Das sollen die Konsensgespräche bringen.

SPD-Schröder seinerseits verlangt als Gegenleistung, für jeden Reaktor eine Restlaufzeit zu vereinbaren – dann wäre absehbar, wann ein Meiler abgeschaltet wird. Einer der ersten könnte der Meiler Würgassen sein (siehe Kasten).

Noch wollen die Vorständler der Konzerne nicht öffentlich das Ende der einst hochgepriesenen Zukunftstechnik einläuten.

In einem neuen „Strategiepapier“ für die Konzernchefs jedoch werden schon konkrete Überlegungen für einen geordneten Rückzug angestellt: „Bei begrenztem Kernenergieprogramm“, heißt es da, „ wäre ein einziges Endlager für alle Arten von radioaktiven Abfällen die optimale Lösung.“

„Gorleben steht politisch im Feuer“, analysieren die EVU-Strategen in ihrem Papier, deshalb erwägen sie, den Standort gleichsam als Morgengabe an die Kernenergiegegner zu opfern.

Doch wohin dann mit dem Strahlenmüll? Auch da sehen die Atommanager einen Ausweg: in den im Bau befindlichen Schacht Konrad bei Salzgitter.

„Geht Konrad etwa im Jahr 2000 in Betrieb und erweist sich bei geringeren Kosten als geeignet für hochaktiven Abfall, so kann Gorleben neu überdacht werden“, heißt es in dem „Strategiepapier“. Vor dem Ausbau der Grube zu einem funktionstüchtigen Endlager aber gibt es noch allerlei Hürden – nicht zuletzt den niedersächsischen Ministerpräsidenten, der, aus Rücksicht auf seine Wähler, kein Endlager im Lande haben will.

Die Stromerzeuger ängstigt noch ein anderes Horrorszenario. Am Mittwoch voriger Woche verkündete der Chef der Reaktorsicherheitskommission, Adolf Birkhofer, in München, die Kernkraftwerke im ehemaligen Sowjetreich seien großenteils marode. Ein neues Tschernobyl im Osten sei in den nächsten zehn Jahren fast unausweichlich.

„Dann“, so ein Atommanager, „ist es hier mit der Kernenergie sofort vorbei. Dafür müssen wir gerüstet sein.“ ❑